

21. April 2026

Wake-up-call und offener Brief

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Katherina Reiche,

der pro-K Industrieverband langlebige Kunststoffprodukte und Mehrwegsysteme e.V. wendet sich mit diesem Brief an Sie, um auf die erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen der Kunststoff verarbeitenden Industrie in Deutschland aufmerksam zu machen. Hohe Energiepreise, eine anhaltend schwache Nachfrage auf Kunden- bzw. Abnehmerseite und eine wachsende Abhängigkeit von außereuropäischen Rohstoffen und Produkten stehen Regulierungsmechanismen gegenüber, die zunehmend losgelöst von industriepolitischen Realitäten erfolgen. Während zentrale Produktionskapazitäten für Basischemikalien und Kunststoffe aus Europa verlagert werden, steigen gleichzeitig die regulatorischen Anforderungen an die verbleibenden Verarbeitungsstufen. Die Folge ist eine strukturelle Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen.

Die meisten dieser regulatorischen Vorgaben werden auf EU-Ebene beschlossen, ihre wirtschaftlichen Auswirkungen zeigen sich in erster Linie an den nationalen Industriestandorten. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene konsequent für die Belange der Kunststoff verarbeitenden Industrie einzusetzen und industriepolitische Fehlentwicklungen klar zu adressieren. Ohne ein aktives politisches Gegensteuern bleiben Investitionen und Arbeitsplatzzuwächse aus – nicht durch mangelnde Innovations- und Forschungskraft der Unternehmen, sondern durch ein fehlendes internationales Level Playing Field.

Ein zentrales Beispiel hierfür ist das **PFAS-Beschränkungsverfahren** der Europäischen Chemikalienagentur ECHA. Eine wichtige Unterkategorie von PFAS sind die Fluorpolymere. Dies sind essenzielle Werkstoffe für zahlreiche Hochtechnologie- und Sicherheitsanwendungen, etwa in der Energieversorgung, der Halbleiterindustrie, der Medizintechnik, der

Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (0)69 40 89 555-40
E-Mail info@pro-kunststoff.de
www.pro-kunststoff.de



Mobilität oder bei Zukunftstechnologien wie Wasserstoff. In vielen Ländern außerhalb der EU werden Fluorkunststoffe als Polymere von geringem Risiko eingestuft und deshalb im Gegensatz zu nicht-polymeren PFAS von Beschränkungen ausgenommen. In der EU hingegen droht eine pauschale PFAS-Regulierung, die weder der wissenschaftlichen Risikobewertung noch der strategischen Bedeutung dieser Materialien gerecht wird. Besonders problematisch ist der jahrelange Schwebezustand des Verfahrens, der bereits heute zu Investitionsstopps, Produktionsverlagerungen und Standortschließungen führt. Damit setzt Europa nicht nur bestehende Wertschöpfung aufs Spiel, sondern gefährdet gezielt seine technologische Souveränität. Dies bestätigte jüngst auch eine Studie, beauftragt vom Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments: Demnach gilt ein pauschales PFAS-Verbot als wirtschaftlich hochriskant und technologisch nicht realistisch, während gezielte Ausnahmen und längere Übergangsfristen als notwendig erachtet werden, um zentrale EU-Industrien und politische Zielsetzungen nicht zu gefährden. Die Kunststoff verarbeitende Industrie erwartet von der Bundesregierung, sich auf EU-Ebene klar für eine differenzierte, stoff- und risikobasierte Regulierung auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse einzusetzen, die für essenzielle Stoffgruppen wie die Fluorpolymere Ausnahmen ermöglicht und so Investitionssicherheit schafft.

Auch die **Mikroplastikverordnung** verdeutlicht die zunehmende Schiefelage zwischen regulatorischem Aufwand und tatsächlichem Umweltertrag. Der Anteil der Kunststoffverarbeitung an Mikroplastik-Einträgen in die Umwelt ist nachweislich gering. Die Hauptverursacher liegen in anderen Bereichen, insbesondere im Verkehr und beim Waschen synthetischer Textilien. Dennoch wird die Kunststoffindustrie mit weitreichenden Berichts-, Prüf- und Dokumentationspflichten belastet. Dies geschieht, obwohl seit Jahren funktionierende freiwillige Maßnahmen existieren, etwa die von der hiesigen Industrie ins Leben gerufene Initiative „Null-Granulatverlust“ oder – europaweit aktiv – Operation Clean Sweep. Der zusätzliche bürokratische Aufwand durch die Vielzahl an EU-Verordnungen, teilweise redundant, bindet personelle und finanzielle Ressourcen, ohne einen messbaren zusätzlichen Umweltnutzen zu erzielen. Gleichzeitig unterliegen außereuropäische Wettbewerber diesen Pflichten nicht. Die

Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (0)69 40 89 555-40
E-Mail info@pro-kunststoff.de
www.pro-kunststoff.de



Bundesregierung ist hier gefordert, sich auf EU-Ebene für Verhältnismäßigkeit einzusetzen, bestehende Selbstverpflichtungen anzuerkennen und regulatorische Maßnahmen konsequent an realen Umweltwirkungen auszurichten.

Besonders gravierend zeigt sich das fehlende Level Playing Field im Bereich der **Product-Compliance** bei Lebensmittelbedarfsgegenständen. Europäische Hersteller müssen umfangreiche rechtliche Vorgaben erfüllen, etwa mit der Kunststoff- oder Bedarfsgegenständeverordnung hinsichtlich Kennzeichnung, Konformitätserklärungen und Rückverfolgbarkeit. Demgegenüber gelangen zunehmend Produkte aus Nicht-EU-Staaten auf den europäischen Markt, die diese Anforderungen nicht erfüllen. Der Vertrieb erfolgt dabei immer häufiger über Online-Plattformen, was die Marktüberwachung zusätzlich erschwert. Nationale Behörden sind strukturell oftmals nicht in der Lage, die Vielzahl an importierten Produkten umfassend zu kontrollieren. Dies führt zu massiven Wettbewerbsverzerrungen: Nicht-konforme Produkte sind günstiger, da regulatorische Kosten und Aufwände eingespart werden, sie verdrängen konforme EU-Ware und stellen zugleich ein Risiko für den Verbraucher- und Gesundheitsschutz dar. Die Kunststoff verarbeitende Industrie erwartet von der Bundesregierung ein entschiedenes Eintreten für eine Stärkung der Marktüberwachung, wirksame Importkontrollen sowie klare Haftungsregeln für Plattformbetreiber auf EU-Ebene.

In der Gesamtschau wird deutlich, dass die Kunststoff verarbeitende Industrie Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutzziele ausdrücklich unterstützt. Was sie jedoch nicht akzeptieren kann, ist eine Regulierung, die europäische Hersteller einseitig belastet, während Importeure faktisch privilegiert werden. Mehr Regulierung ohne wirksame Durchsetzung führt nicht zu mehr Nachhaltigkeit, sondern zu Standortabbau, Wertschöpfungsverlusten und wachsender Abhängigkeit von Drittstaaten mit geringeren Umwelt- und Sozialstandards.

Zusätzlich zu diesen strukturellen Belastungen verschärfen geopolitische Spannungen die Situation der Kunststoff verarbeitenden Industrie weiter. Der Irankrieg zeigt einmal mehr, wie verwundbar globale Lieferketten sind. Die Folge: deutlich steigende Rohstoffpreise, verlängerte Transportzeiten,

Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (0)69 40 89 555-40
E-Mail info@pro-kunststoff.de
www.pro-kunststoff.de



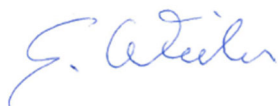
ausbleibende Lieferungen und eine insgesamt deutlich geringere Planungssicherheit für Unternehmen. Gleichzeitig steigen Energiepreise und Logistikkosten im internationalen Handel. Für eine Branche, die ohnehin unter massivem Kosten- und Effizienzdruck steht, ist dies eine zusätzliche, kaum kompensierbare Belastung.

Die Kunststoff verarbeitende Industrie ist ein wichtiger Enabler für zahlreiche Hochtechnologiebereiche wie Automotive, die Luftfahrtindustrie oder Maschinenbau. Schwächelt sie, geraten ganze Produktionsketten ins Wanken. Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen führen die Schwächen der deutschen Industriepolitik schonungslos vor Augen: Während externe Risiken zunehmen, werden Handlungsspielräume für Unternehmen im Inneren weiter eingeschränkt.

Der pro-K Industrieverband fordert von der Bundesregierung, ihre Rolle als industriepolitischer Gestalter und Anwalt auf EU-Ebene entschlossen wahrzunehmen. Notwendig sind gleiche Anforderungen für inländische Hersteller und Importeure, eine wissenschaftsbasierte und differenzierte Regulierung insbesondere bei Hochleistungsmaterialien, ein spürbarer Abbau unnötiger Bürokratie, eine massive Stärkung der Marktüberwachung sowie eine industriepolitische Gesamtstrategie, die Klima- und Umweltschutz, Kreislaufwirtschaft sowie Wettbewerbsfähigkeit zusammendenkt, statt sie gegeneinander auszuspielen.

Die Durchsetzung dieser Punkte entscheidet darüber, inwieweit Deutschland und Europa auch künftig starke Industriestandorte bleiben.

Mit freundlichen Grüßen,



Sven Weihe
pro-K Geschäftsführer

Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (0)69 40 89 555-40
E-Mail info@pro-kunststoff.de
www.pro-kunststoff.de

